



## **GT 13/12**

### **Bildung braucht mehr Geld**

Die GEW stellt fest:

Nach wie vor ist das Bildungswesen in Deutschland - und das gilt für alle Bundesländer, die aufgrund unserer föderalen Verfassung dafür zuständig sind – gravierend unterfinanziert.

Um das demokratische Recht auf Bildung zu verwirklichen, d.h.

- eine flächendeckende Inklusion im Bildungswesen zu gestalten, wie es die Bundesrepublik mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahre 2009 beschlossen hat,
- die Abhängigkeit der Chance, höhere Bildungsabschlüsse erreichen, von der sozialen Herkunft zu verringern,
- die Zahl der jungen Menschen, die in allgemeinbildenden Bildungsgängen direkt eine Hochschulqualifikation erwerben, entsprechend europäischen Standards auf deutlich mehr als die Hälfte eines Geburtsjahrgangs zu erhöhen und
- ein Fort- und Weiterbildungssystem zu entwickeln, das „lebenslanges Lernen“ nicht nur für schon höher Qualifizierte, sondern auch für die Männer und Frauen mit realistischen Angeboten sichert, die bisher aufgrund ihrer Ausbildung und ihres Lebensweges in den unteren Einkommensschichten verharren, **bedarf es jährlicher Mehrausgaben von rund 56 Milliarden Euro** (vgl. Piltz-Studie).

Hinzu kommen aufgrund des **Sanierungsstaus**, des Ausbaus der (Ganztags-)Plätze für unter 3-Jährige, notwendiger Verbesserungen im Elementarbereich und des notwendigen Ausbaus von Ganztagsplätzen im Schulbereich **einmalige Investitionen von über 40 Milliarden Euro**.

Diese zusätzlichen Ausgaben und Investitionen müssen für alle Bereiche des Bildungswesens,

- Elementarbereich,
- Schule, Klassen 1 -13,
- Berufsbildung
- Hochschulen und
- Fort- und Weiterbildung

bereitgestellt werden.

Solche Summen erscheinen zunächst sehr hoch. Die GEW aber nimmt die Politik beim Wort: Auf dem ersten Bildungsgipfel vor nun 5 Jahren im Oktober 2008 in Dresden haben Bundesregierung und MinisterpräsidentInnen einvernehmlich beschlossen, Deutschland zur Bildungsrepublik zu entwickeln, und dazu die Bildungsausgaben nicht nur von damals 4,7 % des BIP auf den OECD-Durchschnitt von 5,9 %, sondern deutlich darüber hinaus auf wenigstens 7 % zuzüglich mindestens 3 % für Forschung anzuheben. Diese Erklärung wurde – allerdings ohne praktische Konsequenzen – in den Folgejahren mehrfach bestätigt. Das Statistische Bundesamt weist für 2011 Bildungsausgaben von 119,1 Mrd Euro aus. Das sind 4,8 % des Bruttoinlandsprodukts. 7 % des BIP entsprechen rund 174 Mrd. Euro. Dem Bildungswesen in Deutschland fehlten also rund 55 Mrd. Euro bis die 7 %-Mindestmarge erreicht ist. (Pressemitteilung Destatis Nr.444 v. 1.12.2011)

Deshalb begrüßt die GEW die Studie von Henrik Piltz (2011) „*Bildungsfinanzierung für das 21. Jahrhundert - Finanzierungsbedarf der Bundesländer zur Umsetzung eines zukunftsfähigen Bildungssystems*“, in der die Umsetzung der Forderungen der GEW zur

Entwicklung des Bildungssystems in allen seinen Bereichen für jedes Bundesland erfasst und berechnet wurde. Aus dieser Studie ergeben sich folgende Notwendigkeiten und Anforderungen:

1. für den **Elementarbereich zur Verbesserung der Betreuungsqualität**
    - die Schaffung von 60 % Ganztagsplätzen für die Altersgruppen 0 – 3 und 3 – 6 Jahre
    - die Verbesserung / Absenkung des Betreuungsschlüssels auf 1 zu 4 für die unter 3-Jährigen und auf 1 zu 8 für die 3 bis 6-Jährigen gemäß EU-Empfehlung,
    - erhöhte Freistellung des Leitungspersonals und
    - Schaffung eines Personalpuffers.
  
  2. für den **Schulbereich zur Verbesserung der Unterrichtsqualität**
    - die Absenkung der Pflichtstunden auf maximal 25 und
    - der Klassenfrequenzen auf durchschnittlich 18 SchülerInnen
    - die Schaffung von Ganztagsplätzen für 60 % der SchülerInnen mit qualifiziertem nicht unterrichtendem Personal , bedarfsgerechter materieller und räumlicher Ausstattung und reduzierter Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte an Ganztagschulen.  
sowie
  
  3. **zur Umsetzung der Inklusion**
    - die Einführung flächendeckender Schulsozialarbeit
    - die Schaffung zusätzlicher SchulpsychologInnenstellen und
    - die Verbesserung der Ausstattung mit SonderpädagogInnen und schließlich
  
  4. **zum Abbau sozialer Barrieren im Schulsystem**
    - eine umfassende Lernmittelfreiheit,
    - einen Personalpuffer und
    - ein kostenfreies Mittagessen in den Ganztagschulen.
- Dabei betont die GEW, dass die sehr zurückhaltenden Berechnungsgrundlagen für die Inklusion (3,7 Stunden pro SchülerIn mit Förderbedarf) im Zusammenhang mit der deutlich verbesserten Grundausrüstung/Qualitätssteigerung, also auf der Basis von einer Frequenz von 18 und höchstens 25 Pflichtstunden gesehen werden müssen.
5. für den **Berufsbildungsbereich-**
    - Senkung der Pflichtstunden und Frequenzen wie im Schulbereich,
    - die Schaffung zusätzlicher schulischer Ausbildungsplätze,
    - die Anhebung des Schülerbafögs und dessen erleichterten Zugang.
  
  6. für den **Hochschulbereich**
    - die Verbesserung der Betreuungsquote,
    - die Erhöhung des Studierendenanteils auf mindestens 40 % eines Jahrgangs,
    - die Beseitigung von Studien- und Verwaltungsgebühren,
    - die Erhöhung des Bafögs,
    - die Erleichterung des Zugangs zum Bafög (Elternunabhängigkeit) und
    - die Abschaffung des Darlehensanteils am Bafög.
  
  7. für den **Fort- und Weiterbildungsbereich**
    - zur beruflichen Weiterbildung: die Einrichtung von Bildungsfonds, die die Angebote betriebsunabhängig machen können

- zur individuellen Weiterbildung ein systematisches Erwachsenenbildungsförderungskonzept mit besonderer Berücksichtigung der ArbeitnehmerInnen, die bisher besondere Schwierigkeiten haben, an Weiterbildung teilzunehmen (Teilzeit- und Fristbeschäftigte, untere Einkommenschichten, Ältere)
- Aufbau einer Weiterbildungsberatung
- Verstärkung der Weiterbildung Erwerbsloser.

Damit verfügt die GEW über übersichtliche und transparente Größenordnungen für notwendige Bildungsausgaben, aufgeschlüsselt auch für die einzelnen Bundesländer. Die Gesamtforderung in Höhe von rund 56 Mrd Euro jährlich entspricht - auch nach neuerlichen Berechnungen z.B. von Dr. Cornelia Heintze - recht genau der Lücke zwischen aktuellen Bildungsausgaben und dem im Bildungsgipfel formulierten Ziel der Bundes- und Landesregierungen (7% vom BIP), wenn man auf die einzig wirklich vergleichbaren Zahlen gemäß der OECD-Rechnung rekurriert.

**Der Gewerkschaftstag fordert die Landesverbände auf, mit dieser Grundlage an die jeweiligen Landesregierungen und Landesparlamente heranzutreten und die Steigerung der Bildungsausgaben** - nicht zuletzt unter Berufung auf die Zusagen der MinisterpräsidentInnen bei den Bildungsgipfeln - **einzufordern**. Die GEW sieht in den Ergebnissen dieser Studie den Vorteil, dass durch die Berechnung von Größenordnungen gerade die Möglichkeit erhalten bleibt, länderspezifische Modifizierungen der aktuellen Einzelforderungen umzusetzen. Dies gilt auch und insbesondere für den Bereich der Inklusion. Dort hat Pilz zwar die sehr zurückhaltende und - isoliert gesehen - unzureichende Forderung aus dem Klemm-Gutachten von 3,7 Stunden pro FörderschülerIn übernommen. Zusammen aber mit der deutlich verbesserten Grundausrüstung „zur Verbesserung der Unterrichtsqualität“ (siehe oben) und den anderen Forderungen ergibt sich ein Forderungsvolumen mit dem je nach Lage in jedem Bundesland vernünftig gestaltet werden kann.

### **Die Finanzierung ist möglich**

Der GEW ist dabei klar, dass im Zeichen von **Sparhaushalten und Schuldenbremse**, die nur borniert kameralistisch statt dynamisch volkswirtschaftlich begründbar sind und die notwendigen Investitionen für die Zukunft der Gesellschaft und insbesondere für die große Mehrheit der abhängig beschäftigten Menschen verhindern, es schwer wird, diese Haushaltsmittel zu realisieren.

Die GEW setzt deshalb – insbesondere solange alle Parteien außer der Partei Die Linke die unsinnige Schuldenbremse unterstützen und deshalb derzeit keine Mehrheit dagegen erreichbar erscheint - auf eine Steuerpolitik, die

- die **Einnahmen des Staates drastisch erhöht**, statt im Sinne der neoliberalistischen Theoretiker und Praktiker die Staatsquote weiter zu verringern,
- und dabei aber eine **gesellschaftliche Umverteilung** einleitet, die der Entwicklung der letzten Jahrzehnte entgegenwirkt, in denen sich die Spaltung der Gesellschaft durch exorbitante Zuwächse von Gewinn- und Vermögenseinkommen vertieft hat.
- *Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in allen Bildungsbereichen aufheben (Grundgesetzänderung Art. 91 und 104)*

Die Reaktion der europäischen Staaten und ihrer Regierungen auf die europäische Finanzkrise der letzten Jahre zeigt überdeutlich, dass dies nicht nur ein Problem Deutschlands ist. Die GEW wird alles daran setzen, im Zusammenschluss mit den europäischen Gewerkschaften in den anderen Ländern eine entsprechende Politik des Umsteuerns und Umverteilens - nun aber von oben nach unten - anzustoßen.

### **Eine andere Steuerpolitik ist nötig**

In Deutschland haben in den letzten Jahren die Gewerkschaften ein entsprechendes finanzpolitisches Konzept entwickelt – so auch die GEW mit ihrem „Steuerkonzept“ vom Juni 2010.

Leitende Prinzipien dabei sind und waren:

1. Für staatliche Leistungen, auf die alle BürgerInnen und insbesondere die breite Mehrheit der abhängig beschäftigten Menschen als Grundlage der Daseinsvorsorge angewiesen sind – dazu gehört nicht zuletzt die Möglichkeit einer guten kostenfreien Bildung – müssen die staatlichen Einnahmen drastisch erhöht werden.
2. Dabei ist als Ausgleich für die steuerliche Begünstigung der Vermögenden in den letzten Jahrzehnten und die damit verbundene asoziale Umverteilung zu deren Gunsten nun eine Umkehr der Steuerpolitik mit einer stärkeren Besteuerung der großen Vermögen und Vermögenseinkommen anzustreben (u.a. durch eine Vermögensabgabe, Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Realisierung von Vermögens- und Erbschaftssteuer, usw.)
3. Dies muss einhergehen mit der Entlastung von unteren und mittleren Einkommen (u.a. durch einen höheren Grundfreibetrag, sanftere Progression in den unteren Einkommensbereichen, angemessene Freibeträge bei Erbschafts- und Vermögenssteuer für selbstgenutztes Wohneigentum). Dass dies möglich ist, zeigt die Überschlagsberechnung des GEW-Steuerkonzeptes.
4. Als Lehre aus der Finanz- und daraus folgenden Staatsschuldenkrise, weil die staatlichen Haushalte die Verluste des Banken- und Finanzsektors absichern mussten, fordern die Gewerkschaften die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die zum einen die internationale Finanzspekulation bremst, zum anderen zusätzliche staatliche Einnahmen schafft, eine Finanzproduktsteuer, sowie weitere möglichst international abgestimmte Maßnahmen zur Verhinderung und Verringerung der Spekulation.

Auf diese Ziele wird die GEW ihre Politik in den nächsten Jahren ausrichten, denn sie sieht darin eine absolut notwendige Voraussetzung

- für eine friedliche und demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft,
- unter Teilhabe aller an der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums.